

Aussichten für Außenhandel weiter positiv



» Auch die Entwicklung der Weltwirtschaft steht unter dem Eindruck der furchtbaren Katastrophe in Japan und der politischen Umwälzungen in Nordafrika. Die Folgen der Ereignisse in Japan für die Entwicklung der Weltwirtschaft und die deutsche Wirtschaft bleiben offen.«

Das sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf anlässlich der Veröffentlichung des neuen BDI-Außenwirtschafts-Reports am Montag in Berlin.

>> Seite 2

Weltwirtschaft



Weltweite Entwicklung

Die Entwicklung der Weltwirtschaft steht unter dem Eindruck der Geschehnisse in der arabischen Welt und in Japan.

>> Seite 2

Deutscher Außenhandel



Exportentwicklung

Nach den endgültigen Zahlen legten die Exporte in 2010 um 18,1% zu.

>> Seite 3

Regionalschwerpunkt



Japan

Seit dem 11. März 2011 richtet die Welt ihre Aufmerksamkeit auf Japan.

>> Seite 9

Regionalschwerpunkt



Nordafrika/Nahost

Deutschland exportierte 2010 Waren im Wert von 36 Mrd. Euro nach Nordafrika und den Nahen und Mittleren Osten.

>> Seite 10

Handelspolitik

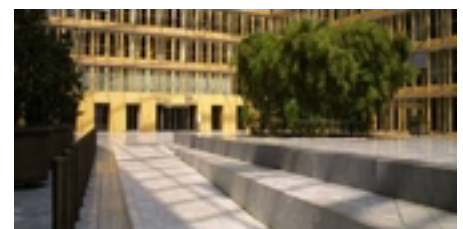


Interview zur Handelspolitik

Dr. Hubertus Erlen ist Vorsitzender der Außenwirtschaftsausschüsse von BDI und von BusinessEurope.

>> Seite 12

Termine



Außenwirtschaftstermine

Hier finden Sie interessante BDI-Veranstaltungen zum Thema Außenwirtschaft.

>> Seite 13

Aussichten für Außenhandel weiter positiv



Werner Schnappauf. Foto: BDI/Kruppa

» Auch die Entwicklung der Weltwirtschaft steht unter dem Eindruck der furchtbaren Katastrophe in Japan und der politischen Umwälzungen in Nordafrika. Die Folgen der Ereignisse in Japan für die Entwicklung der Weltwirtschaft und die deutsche Wirtschaft bleiben offen.«

Das sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf anlässlich der Veröffentlichung des neuen BDI-Außenwirtschafts-Reports am Montag in Berlin.

» Die Katastrophe in Japan zeigt, dass wir weltweit mit Herausforderungen konfrontiert sind, die nur gemeinsam und grenzüberschreitend lösbar sind«

betonte Schnappauf. Der Anteil Japans am Welthandel beträgt 4,6 Prozent – während der deutsche Anteil bei 9,0 Prozent liegt. Für China und die USA ist Japan ein bedeutenderer Handelspartner als für Deutschland: Japan belegte im deutschen Außenhandel im Jahr 2010 bei den Einfuhren Platz 14 (Anteil:

2,3 Prozent) und bei den Ausfuhren Platz 18 (1,3 Prozent). Auf einigen Produktmärkten, etwa für elektronische Steuer- und Speicherbausteine, hat Japan allerdings weltweit eine herausragende Stellung.

Die Auswirkungen der Entwicklung in Japan und dazu auch der politischen Ereignisse in Nordafrika auf die Weltwirtschaft lassen sich zurzeit noch nicht endgültig abschätzen. Positiv zu vermerken ist der optimistische Ausblick für die US-Wirtschaft. Hinzu kommt die bislang unvermindert starke Dynamik der Märkte in Asien. Ebenso dynamisch hat sich im letzten Jahr Osteuropa entwickelt, in das 15,2 Prozent der deutschen Exporte gingen, ungefähr so viel wie nach Asien. Nach den endgültigen Zahlen legten die Ausfuhren 2010 insgesamt um 18,1 Prozent zu. Damit wurde der Großteil des Exportrückgangs aus dem Krisenjahr wettgemacht (-18,3 Prozent).

Mit 3,8 Prozent der Gesamtexporte geht nur ein kleiner Teil der deutschen Ausfuhren in die Region Nordafrika. Allerdings kommen 14,4 Prozent der deutschen Erdölimporte aus der Region. Im Januar lagen die Importpreise insgesamt um 11,8 Prozent über dem Vorjahresstand – der stärkste Anstieg seit der Ölkrise der 80-er Jahre.

» Schon jetzt ist die Rohstoffversorgung eine große Herausforderung für die Industrie«

unterstrich Schnappauf. Die Importpreise für Eisenerz lagen im Januar sogar um 99,1 Prozent über dem Vorjahresniveau, bei den energetischen Rohstoffen waren es 31,5 Prozent und bei Stahl 31,1 Prozent.

Weltwirtschaft und deutsche Exporte

Weltwirtschaft und Welthandel

Weltwirtschaft

Auch die Entwicklung der Weltwirtschaft steht unter dem Eindruck der politischen Umwälzungen in der arabischen Welt und der schrecklichen Naturkatastrophe in Japan. Es ist zu früh, über die Folgen des Bürgerkriegs in Libyen und des Erdbebens in Japan zu spekulieren. Jetzt muss es zunächst darum gehen, in den Ländern die Lage zu stabilisieren und das Leid für die betroffenen Menschen zu lindern.

Die grundsätzliche Perspektive für die Weltwirtschaft hat sich zuletzt weiter verbessert. So hat der IWF seine letzte Prognose für das laufende Jahr Ende Januar um 0,2% auf 4,4% angeho-

ben. Zur Aufwärtskorrektur trägt vor allem der verbesserte Ausblick für die US-Wirtschaft bei. Der IWF hat seine Prognose für 2011 um ganze 0,7% auf jetzt 3,0% erhöht und begründet das unter anderem mit den neuen Stimulierungsmaßnahmen der US-Regierung. (Siehe auch Artikel "Regionalfokus USA") Mit einem Wachstum von 6,5% geben allerdings weiterhin die Entwicklungs- und Schwellenländer den Ton an. Für die Industrieländer haben sich die Aussichten zuletzt leicht verbessert, für sie wird jetzt ein Wachstum von bis zu 2,5% (+0,3%) erwartet. Für die Eurozone liegen die Wachstumsaussichten unverändert bei 1,5%, die EU 27 dürfte etwa mit der gleichen Geschwindigkeit wachsen.

Welthandel

Auch die Aussichten für den Welthandel haben sich leicht verbessert, der IWF hat seine Prognose um 0,1% auf nun 7,1% angehoben, also auf rund das Niveau, auf dem der Welthandel im Durchschnitt der letzten 20 Jahre gewachsen ist. Nach der raschen Erholung im letzten Jahr um 12,0% läuft der Welthandel jetzt also wieder in den gewohnten Bahnen. Die Nachholeffekte sind weitgehend abgeflaut, der internationale Güteraus-tausch hat wieder Tritt gefasst. Für die deutschen Exporte wird ein Wachstum von 7,5% - 8,0% erwartet, Deutschland wird deshalb auch 2011 seinen Anteil am Welthandel von rund 9% halten, wenn nicht sogar leicht verbessern.



Containerverladung. Foto: BDI/adpic.de (H.Dora)

Deutscher Außenhandel

Ausfuhren

Nach den endgültigen Zahlen legten die Exporte in 2010 um 18,1% zu, damit konnte ein Großteil des Exportrückgangs in Höhe von -18,3% in 2009 wieder wettgemacht werden. Seit zwei Quartalen bewegen sich die monatlichen Exporte wieder annähernd auf Vorkrisenniveau. Das Wachstum wurde maßgeblich durch die weltweiten Konjunkturprogramme, die starken Nachholeffekte und die zunehmende Nachfrage der Schwellenländer nach deutschen Investitionsgütern getrieben. Für die weitere Entwicklung der Exporte gilt ähnliches wie für den Welthandel: die Nachholeffekte flauen ab und die Konjunkturprogramme laufen aus. Dank der weiterhin hohen Nachfrage insbesondere in Asien und Osteuropa wird sich das Wachstum in diesem Jahr wieder auf das Vorkrisenniveau von 7,5% - 8,0% einpendeln. Damit werden die deutschen Exporte dieses Jahr voraussichtlich erstmals die Grenze von einer Billion Euro überschreiten.

Wichtigstes Abnehmerland deutscher Waren im vergangenen Jahr war unverändert Frankreich (9,5% der Gesamtexporte), dahinter die Vereinigten Staaten (6,8%) und die Niederlande (6,6%). Die EU bleibt Hauptdestination deutscher Exporte, der Anteil ist aber seit 2007 (64,6%) auf rund 60% gesunken. Im gleichen Zeitraum ist auch der Anteil der Ausfuhren in die Schwellen- und Entwicklungsländer um 2,2% auf zuletzt 20,7% gestiegen. Am schwungvollsten entwickeln sich die deutschen Exporte in die BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien und China). Von 2000 bis 2010 sind die deutschen Ausfuhren in diese Länder um 366% gewachsen und machen inzwischen 9,0% der deutschen Gesamtexporte aus. In die Region Osteuropa gingen im letzten Jahr rund 15% der Gesamtexporte und damit etwa so viel wie nach Asien. Der Anteil der aktuellen Krisenregion Naher- und Mittlerer Osten liegt bei 3,8%. Hier drohen Gefahren weniger auf der Exportseite, sondern durch die Verknappung der energetischen Rohstoffe, die zusätzlich preistreibend wirkt.

Infobox

	2010	2011 (Prognose)	2012 (Prognose)
Weltwirtschaft (Quelle: IWF, Weltbank)	5,0 %	4,4 %	4,5 %
Industrielländer	3,0 %	2,5 %	2,5 %
Entwicklungs- und Schwellenländer	7,1 %	6,5 %	6,5 %
USA	2,8 %	3,0 %	2,7 %
Euronium	1,8 %	1,5 %	1,7 %
Brasilien	7,5 %	4,5 %	4,1 %
Russland	3,7 %	4,5 %	4,4 %
Indien	9,7 %	8,4 %	8,0 %
China	10,3 %	9,6 %	9,5 %
Welthandel (Quelle: IWF)	12,0 %	7,1 %	6,8 %
Deutsche Exporte (Quelle: Statistisches Bundesamt, BDI)	18,1 %	rd. 7,5-8 %	rd. 7-8 %
Deutsche Importe (Quelle: Statistisches Bundesamt, BDI)	19,7 %	rd. 9 %	rd. 9 %
	Q1 2010	Q2 2010	Q3 2010
Welthandel (Veränderung zum Vorquartal, CPB World Trade)	5,2 %	2,7 %	0,7 %
Deutsche Exporte (Veränderung zum Vorquartal, Quelle: Statistisches Bundesamt)	4,3 %	9,3 %	4,2 %
Deutsche Importe (Veränderung zum Vorquartal, Quelle: Statistisches Bundesamt)	8,9 %	10,0 %	2,7 %
Auftragseingang der deutschen Industrie aus dem Ausland (Index September 2008 = 100 %, saisonbereinigt, Quelle: Statistisches Bundesamt, BDI)	91,8 %	101,4 %	105,0 %

Einfuhren

Das Wachstum der Importe lag im letzten Jahr knapp über dem Exportwachstum, einen ähnlich starken Anstieg der Importe hat es zuletzt im Jahr 2000 gegeben (+21,1%). 2010 wurde 19,7% mehr eingeführt als im Vorjahr (2009: -17,5%). Im Januar sank der Überschuss gegenüber dem Vormonat um 16,8%. Im Verlauf dieses Jahres wird sich dieser Trend voraussichtlich fortsetzen.

Ein wesentlicher Grund für die rasante Zunahme der Einfuhren war der stärkste Anstieg der Importpreise seit dem Ölschock der 80er-Jahre. Sie lagen im Januar um 11,8% über dem Vorjahresstand. Besonders stark nahmen die Preise für Rohstoffe zu: so stiegen sie für Energie um 31,5%, für Eisenerz um 99,1%, für Stahl um 31,1% und für Getreide um 65,2%. Gründe für diesen starken Anstieg waren die wachsende Nachfrage in aufstrebenden Schwellenländern, die expansive Geldpolitik bei immer noch bestehenden Unsicherheiten auf den Weltmärkten ("Blasenbildung") und die politischen Umwälzungen im arabischen Raum. Die von der EZB Anfang März angekündigte Zinswende ist ein Signal für die Sorge, dass die hohen Rohstoffpreise auf andere Wirtschaftszweige durchschlagen könnten.

Mit Abstand wichtigstes Lieferland war 2010 die Volksrepublik China mit einem Anteil von 4,6%. Gegenüber dem Vorjahr sind

Deutsche Auslandsaufträge und Exporte

Niveau im Vergleich zum September 2008 (100 %)

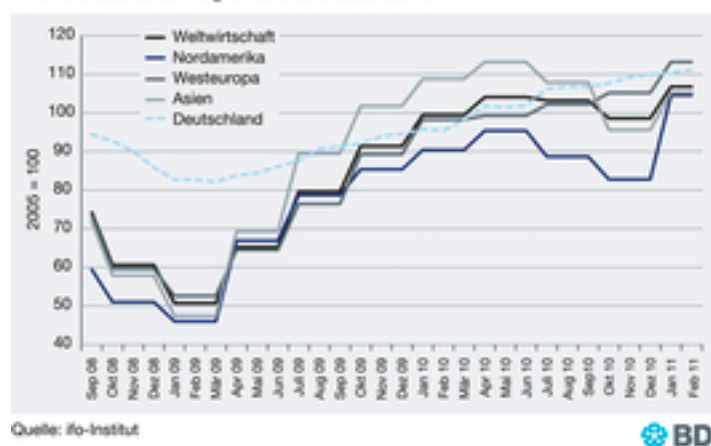


Fazit und Prognosen

Unter dem Eindruck der schrecklichen Naturkatastrophe in Japan und der politischen Umwälzungen im arabischen Raum fällt eine Einschätzung der Entwicklung der Weltwirtschaft und des deutschen Außenhandels besonders schwer. Die weitere Entwicklung ist von einer zunehmenden Verunsicherung geprägt. Für 2010 zeigen die Zahlen, dass Deutschland wie kein anderes Industrieland vom weltweiten Aufschwung profitiert hat. Dieser Trend könnte sich in 2011 fortsetzen. Die deutschen Unternehmen sind in den Wachstumsregionen Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas gut vertreten und bauen ihr Engagement kontinuierlich aus. Positive Signale gibt es auch aus den USA, einem traditionell wichtigen Markt der deutschen Wirtschaft.

ifo Weltwirtschaftsklima

Weltwirtschaft, Regionen, Deutschland



die Einfuhren aus dem Reich der Mitte um 35,0% gestiegen. Mit großem Abstand folgen die Niederlande und Frankreich. Die Zusammensetzung der Importe aus China sind ein klares Signal für die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit des Landes: ganz vorne liegen Investitionsgüter (39% der Einfuhren), gefolgt von Vorleistungsgütern (28%) und Verbrauchsgütern (22%).

Auslandsaufträge und Frühindikatoren

Die Auslandsaufträge steigen im Trend seit Januar 2009 kontinuierlich an. Auch im letzten Quartal hat sich dieser Trend fortgesetzt, allerdings entwickeln sich die monatlichen Werte recht volatil. Zuletzt lag der Bestand an Auslandsaufträgen 12% über dem Niveau zu Beginn der Krise im September 2008.

Der Index für das weltweite Wirtschaftsklima von ifo-Institut und der Internationalen Handelskammer (ICC) ist nach einem leichten Rückgang im Schlussquartal 2010 für alle Weltregionen im ersten Quartal 2011 wieder angestiegen. Zugenommen hat der Optimismus der befragten Manager insbesondere für die Region Nordamerika. Auch die Composite Leading Indicators der OECD zeigen für die Weltwirtschaft weiteres Wachstum an, deuten aber für Indien und China auf den Beginn eines Abschwungs hin.

Neben den aktuellen Entwicklungen in Japan und im arabischen Raum gibt es eine Reihe weiterer Herausforderungen:

- Die politischen Unruhen in den Ländern Nordafrikas werden zwar nur geringe Auswirkungen auf die deutschen Exporte haben. Allerdings wird die Lage in Nordafrika den Druck auf die Rohstoffpreise zusätzlich erhöhen. Damit bestätigt sich die BDI-Umfrage zur Außenwirtschaft vom Ende des letzten Jahres, in der die Mitgliedsverbände des BDI den Anstieg der Rohstoffpreise als größte Herausforderung für 2011 bezeichnet haben.

- Sollte die von der EZB Anfang März angekündigte Zinswende kommen wird das ohnehin schwache Wachstum in der Eurozone zusätzlich unter Druck geraten. Zunehmende Sorge bereiten auch die schlechteren Ratings für Griechenland und Spanien.
- Eine mögliche Überhitzung der chinesischen Wirtschaft ist nicht ausgeschlossen. Die Regierung hat jedoch die Gefahr erkannt und strebt im neuen Fünfjahresplan, den der chinesische Volkskongress Anfang März verabschiedet hat, eine deutlich moderatere Entwicklung der Wirtschaft mit einem maximalen Wachstum von 7% an.

Sollte sich die Situation in Japan und in Nordafrika nicht deutlich verschlechtern, sprechen die weiterhin hohe Wachstumsdynamik in Asien und Osteuropa sowie die aufgehellten Aussichten in Nordamerika eher dafür, dass die BDI-Exportprognose von Ende des letzten Jahres von 7,3% nach oben korrigiert werden kann. Die Sicherung der Rohstoffversorgung bleibt prioritär: jetzt müssen gemeinsam mit der Bundesregierung Partnerschaften mit Ländern wie Kasachstan, Mongolei oder Chile mit Leben gefüllt werden. Für Mitte April sind weitere Gespräche u. a. in Astana geplant. Gleichzeitig müssen auf Ebene der G20 Gespräche mit den rohstoffreichen Ländern und China geführt und protektionistische Maßnahmen wieder abgebaut werden.

Entwicklungen in den Branchen

Automobilindustrie: Wachstum setzt sich 2011 abgeschwächt fort

Im vergangenen Jahr exportierte die Automobilindustrie 4,24 Mio. Personenkraftwagen und 242 000 Nutzfahrzeuge. Gegenüber dem Krisenjahr 2009 stiegen die Exporte von Pkw um 24% und verfehlten das bisherige Rekordergebnis von 4,3 Mio. Einheiten aus 2007 nur minimal. Die auf Stückzahlen bezogene Exportquote erreichte bei Pkw mit 76% sogar einen neuen Höchststand. In den beiden ersten Monaten 2011 stiegen die Pkw Exporte um knapp 10%. Aufgrund des hohen Niveaus dürften sich die Wachstumsraten im Jahresverlauf abschwächen, für das Gesamtjahr 2011 wird mit einem Pkw-Export von 4,45 Mio. (+5%) gerechnet.

Die Bedeutung der asiatischen Märkte ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. 18% der Pkw-Ausfuhren gingen 2010 nach Asien, allein nach China gehen 11% Automobilexporte. Die Nutzfahrzeughersteller waren von dem konjunkturellen Einbruch 2009 besonders stark betroffen. 2010 erfolgte ein starker Anstieg, trotzdem liegt der Nutzfahrzeugexport noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Der Export von Transportern stieg 2010 um 51% auf 165 000 Stück, die Ausfuhr von schweren Lkw über 6 t erhöhte sich sogar um 68% auf 72 000 Einheiten. Trotz der raschen Erholung entsprechen diese Werte aber nur

etwa der Hälfte des Rekordergebnisses von 2008. Im Jahr 2011 dürfte sich das Wachstum laut Branchenverband VDA in deutlich abgeschwächter Form fortsetzen.

Siehe auch Artikel "Branchenfokus Automobilindustrie".



Automobilindustrie. Foto: BDI/Fotolia (Mikhail Malaysehev)

Maschinen- und Anlagenbau: Exporte deutlich über Vorjahreswerten

Die deutschen Maschinenausfuhren wuchsen im Dezember 2010 um 16% gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Ausfuhren 2010 lagen damit um 12,5% über dem Vorjahreswert. Mit Ausnahme Nordafrikas und Australiens steigen die Ausfuhren in alle Weltregionen wieder an. Am schwächsten haben sich 2010 die Märkte der Erdölexporteure entwickelt, wobei auch hier im 4. Quartal die Geschäfte wieder anzogen. Auch Europa verlor drei Prozentpunkte am Anteil der gesamten Maschinexporte.

Hingegen stieg der Anteil Chinas an den deutschen Maschinenausfuhren um zwei Prozentpunkte auf jetzt 35%. Positiv überrascht hat auch die Nachfrage aus den USA, dorthin wurden 2010 19% mehr Maschinen geliefert. Der Maschinenimport nach Deutschland erhöhte sich 2010 um 17,5%, wobei auch die EU-Partner profitierten und 12,6% mehr an hiesige Kunden verkaufen konnten.

Chemisch-pharmazeutische Industrie: Wachstumstrend setzt sich fort

Im Jahresverlauf 2010 stiegen die Ausfuhren chemischer Erzeugnisse kräftig an, konnten aber im Schlussquartal nicht mehr ganz an die starken Vormonate anknüpfen. Das Vorjahresquartal wurde aber um 13,5% deutlich übertroffen. Die Ausfuhren in die unterschiedlichen Zielregionen entwickelten sich dabei uneinheitlich. Die Exporte in die Kernstaaten der Europäischen Union sind kräftig gewachsen, die Geschäfte mit Kunden in den „neuen“ Mitgliedstaaten liefen noch besser. Auch die Ausfuhren nach Asien befanden sich weiterhin auf Wachstumskurs. Im Gegensatz dazu setzten die Exporte in die USA ihre negative Entwicklung fort, vor allem das Pharmageschäft lief hier schlecht. In den nächsten Monaten wird sich der zu beobachtende Trend beim Außenhandel fortsetzen. Stark wachsen wird weiterhin der Handel mit den Schwellenländern – allen voran China, Indien und Brasilien. Der Handel mit den europäischen Nachbarn wird aufgrund verhaltener Wachstumsperspektiven moderater ausfallen. Das Geschäft mit Nordamerika wird sich bestenfalls leicht erholen.



Chemielabor. Foto: BDI/Fotolia (Suprijono Suharjoto)

Elektrotechnik- und Elektroexporte: Neues Allzeithoch

Im Dezember 2010 beliefen sich die Exporte der deutschen Elektroindustrie auf 13 Mrd. Euro. Sie lagen damit 20% über ihrem Vorjahresniveau. Den elften Monat in Folge sind die Ausfuhren jetzt zweistellig gewachsen. Im gesamten Jahr 2010 haben die Elektroausfuhren um 23% auf 151 Mrd. Euro zugelegt. 2009 waren sie um 15% auf 122 Mrd. Euro gesunken. Das Vorkrisenniveau im letzten Jahr konnte bereits wieder übertroffen werden, dabei markierten die Ausfuhren ein neues Allzeithoch. Die Exporterwartungen der Elektronunternehmen sind wei-

ter aufwärts gerichtet: 92% der Branchenfirmen rechnen aktuell mit besseren oder gleichbleibenden Exportgeschäften im nächsten Vierteljahr. Die Auswirkungen der politischen Unruhen in den arabischen Staaten für den Elektroaußenhandel dürften begrenzt bleiben. Zwar sind die Elektroexporte nach Nordafrika und in den Nahen Osten 2010 um 23% und 9% gestiegen, die jeweiligen Ausfuhrvolumina machen aber gerade einmal 1% bzw. 3% der gesamten Branchenexporte aus.

Luft- und Raumfahrtindustrie: hohe strategische Bedeutung

Der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie kommt unverändert hohe strategische Bedeutung für die Exportleistung Deutschlands und für die deutsche Wirtschafts- und Technologiepolitik zu. Neue globale Märkte und erstarkendes Leasinggeschäft sorgen für gute Produktionszahlen im zivilen Flugzeugbau. Durch massive Absatzrückgänge im weltweiten Privat-/Corporate-Markt befindet sich aber das zivile Hubschraubersegment in einer kritischen Lage. Die wehrtechnische Luft- und Raumfahrt ist durch die Strukturreform der Bundeswehr unmittelbar betrof-

fen und wird ihre Industriestrukturen 2011 anpassen müssen. Angesichts eines harten internationalen Wettbewerbs muss eine zeitgemäße Exportförderung geschaffen werden, um Fähigkeitsverluste der deutschen Industrie langfristig zu verhindern. Die Raumfahrtsparte entwickelt sich gut. Die kürzlich vorgestellte nationale Raumfahrtstrategie ist eine wesentliche Weichenstellung zum erfolgreichen Ausbau dieses Segments in Deutschland und Europa, die es zeitnah umzusetzen gilt.

Stahlindustrie: Exporte noch unter Vorkrisenniveau

Die Exporte der Stahlunternehmen in Deutschland betragen 2010 knapp 20 Mio. t Walzstahl. Trotz eines Anstiegs von 20% gegenüber dem Vorjahr blieben sie aber noch rund ein Sechstel unter dem Spitzenwert von 2007 zurück. Dabei haben sich die Ausfuhren in die Drittländer dem Höchststand schneller angenähert als die Lieferungen in die EU. Auf der Importseite wurde mit fast 19 Mio. t das Vorjahresniveau um 24% übertroffen, damit wurde der Rekordwert von 2007 aber noch fast um

ein Viertel unterschritten. Während die Drittlandimporte nach Deutschland weiterhin leicht sanken, zeigten sich die Einfuhren aus den anderen Ländern der EU kräftig aufwärtsgerichtet. In 2011 wird der deutsche Stahlhandelsüberschuss angesichts der relativ guten inländischen Bedarfssituation voraussichtlich weiter moderat abnehmen. Neben den EU-Importen dürften auch die Einfuhren aus Drittländern wieder stärker zulegen.

Nichteisen-Metallindustrie zuversichtlich für 2011

Die deutsche Nichteisen-Metallindustrie startet mit Zuversicht ins Jahr 2011. Im Jahr 2010 wurden 47% des Branchenumsatzes im Export erwirtschaftet. Dabei stiegen die Ausfuhren in 2010 deutlich um 28% gegenüber dem Vorjahr. Damit lagen die Exporte allerdings immer noch um 9% unter dem Vorkrisenniveau von 2008. Die Umsatzentwicklung wird stark von den volatilen Börsennotierungen der Nichteisen-Metalle beeinflusst: Nach den Tiefstständen zum Jahreswechsel 2008/2009 haben sich die meisten Kurse von Nichteisen-Metallen bis heute erholt und peilen teilweise unter starkem Einfluss von Finanzinvestoren neue Höchststände an. Wachstumsimpulse erfährt die

Nichteisen-Metallindustrie insbesondere aus dem außereuropäischen Ausland, mit Schwerpunkt China und zunehmend aus den USA. Die Aluminiumindustrie lieferte in 2010 Produkte im Wert von 5,9 Mrd. Euro ins Ausland (+18% gegenüber dem Vorjahr). Damit lagen die Ausfuhren noch 14% unter dem 2008er-Niveau. Die Exporte der Buntmetallindustrie (Kupfer, Zink, Blei, Zinn und Nickel) stiegen in 2010 um 31% auf 7,6 Mrd. Euro – ein Minus von 11% gegenüber 2008. Der Auslandsumsatz der Nichteisen-Metallgießereien erholte sich in 2010 um 28% auf 1,2 Mrd. Euro, ein Rückgang um 7% gegenüber 2008.

Schiffbau und Meerestechnik: Lage schwierig

Die Lage im Schiffbau ist weiterhin schwierig, insbesondere durch Probleme bei der Finanzierung. Die Werften setzen aber ihre Ausrichtung auf den Spezialschiffbau verstärkt fort. Da im 4. Quartal noch größere Aufträge unter anderem für Fäh- und Passagierschiffe und Windpark-Errichterschiffe eingingen, erreichte der Auftragsengang 2010 noch ein gegenüber 2009 deutlich verbessertes Volumen von 2,7 Mrd. Euro. Da jedoch gleichzeitig Neubauablieferungen im Wert von 4,7 Mrd. Euro erfolgten, hat sich der Auftragsbestand im Handelsschiffneubau auf 7,4 Mrd. Euro verringert, der zu 97% auf Exportaufträge entfällt. Anfang 2011 konnten weitere Aufträge für Spezialschiffe

hereingenommen werden. Im Marineschiffbau und bei Reparaturen/Umbauten verschlechterte sich die Auslastung 2010 ebenfalls, so dass die Belegschaften der Werften reduziert werden mussten. Auch bei der Schiffbauzulieferindustrie machte sich die geringere Nachfrage bemerkbar. Der Wettbewerb hat sich weiter verschärft, die Konkurrenz in China und Korea wird mit staatlichen Hilfen massiv unterstützt. Hinzu kommt, dass die Bemühungen um ein OECD-Abkommen für faire Wettbewerbsbedingungen im Schiffbau aufgrund der Blockadehaltung der beiden Marktführer Süd-Korea und China im Dezember gescheitert sind.

Textil- und Modeindustrie: Erfreuliche Ergebnisse in 2010

Das Jahr 2010 schließt für die Textil- und Modeindustrie mit guten Ergebnissen ab. So konnte der Gesamtumsatz um knapp 10% im Vergleich zum Vorjahr zulegen. Insbesondere das Textilsegment trug zur Umsatzsteigerung bei und erzielte ein Plus von 16,8%. Diese positive Entwicklung zeigt sich auch im Außenhandel. Hier konnten die Textilausfuhren um 10,3% zulegen. In Europa positionierte sich Polen erneut als wichtigstes

Abnehmerland für Textilprodukte. Aber auch die anderen ehemaligen Beschaffungsmärkte profilieren sich zunehmend als Absatzdestinationen: Die Textilausfuhren nach China legten 2010 um ganze 55%, die nach Indien um knapp 60% zu. Besonders gut entwickelte sich der Export von technischen Textilien in die neuen Märkte.

Ernährungsindustrie: Exporte 2010 auf Rekordniveau

Die Ernährungsexporte konnten zum Ende 2010 und Anfang 2011 nach einem schwachen Jahr 2009 wieder deutlich an Dynamik gewinnen. Mit einem nominalen Exportzuwachs von 9,2% stiegen die Ausfuhren 2010 auf ein Rekordniveau von 42,9 Mrd. Euro. Dabei ist ein Drittel des Exportwachstums auf Preissteigerungen zurückzuführen. Seit Mai 2010 sind die weltweiten Rohstoffpreise an den Agrarmärkten um über 50% ge-

stiegen, was auch auf die Außenhandelspreise durchschlägt. Für 2011 rechnet die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie mit einem moderaten Exportwachstum. Neben den EU-Staaten zählen insbesondere Russland, USA und die Schweiz zu den Hauptabnehmern deutscher Lebensmittel. Das Exportgeschäft beträgt mittlerweile rund 27% des Branchenumsatzes.

Keramikindustrie

Für die deutschen Hersteller von Geschirr- und Zierporzellan war es vor allem der Export, der 2010 stabilisierend auf den Gesamtumsatz gewirkt hat. Aber auch bei den Keramikausfuhren ist im letzten Quartal des vergangenen Jahres eine Abschwächung in Höhe von 1% - 2% eingetreten. Der Verband

der Keramischen Industrie geht davon aus, dass diese Rückgänge der Konjunktorentwicklung in der EU zuzurechnen sind und erwartet eine weitere negative Entwicklung im Ordereingang im ersten Halbjahr 2011.

Branchenfokus Automobilindustrie

In Deutschland ist die Automobilindustrie der größte Wirtschaftszweig. Mit einem Umsatz von 317 Milliarden Euro leistete die Branche im vergangenen Jahr mehr als 20% des Gesamtumsatzes der deutschen Industrie. Die Automobilindustrie ist zudem einer der größten Arbeitgeber Deutschlands. Insgesamt sind mehr als 700.000 Personen direkt in der Automobilindustrie beschäftigt.

Das Automobil: Deutschland beliebtestes Exportprodukt

Außerdem sind Autos, Transporter, Lastwagen und Kfz-Zubehör „Made in Germany“ die beliebtesten Exportprodukte Deutschlands: Kraftwagen und Kraftwagenteile waren im Jahr 2010 mit einem Anteil von 17,9% (171,6 Milliarden Euro) an den Gesamtexporten Deutschlands wichtigste Exportgüter. Die deutsche Automobilindustrie ist zudem weltweit Qualitäts- und Technologieführer. 80% aller Fahrzeuge im Premiumsegment werden von deutschen Herstellern produziert. Die globale Produktion der deutschen Hersteller erreichte 2010 mit 12,6 Mio. Kraftwagen ein neues Rekordergebnis. Jeder sechste weltweit hergestellte Pkw trug das Markenzeichen eines deutschen Konzerns.

Die Automobilindustrie ist in jeder Hinsicht ein „Global Player“. Drei von vier in Deutschland produzierten Fahrzeugen gehen an Kunden im Ausland. Mit einem Exportvolumen von mehr als 4,2 Millionen Pkw 2010 wurde der bisherige Höchstwert von 4,3 Millionen aus 2007 nur minimal unterschritten. 53% davon waren für Märkte in Westeuropa bestimmt. In die USA gingen rund 12% der exportierten Pkw, im Vorjahr lag der Anteil noch unter 11%. Der Anteil Chinas stieg mit 462.000 Pkw auf nahezu 11%. Auf dem Wachstumsmarkt China ist nahezu jedes fünfte

Auto, das neu verkauft wird, von deutschen Herstellern.

Mit ihrer Exportstärke trägt die Automobilindustrie wesentlich zum Außenhandelsüberschuss der deutschen Wirtschaft bei. 2010 hat die deutsche Automobilindustrie Erzeugnisse im Wert von 172 Milliarden Euro exportiert, während Fahrzeuge und Teile im Wert von 73 Milliarden Euro importiert wurden. Der Handelsbilanzüberschuss mit automobilen Erzeugnissen liegt damit bei fast 100 Milliarden Euro und trug in hohem Maße zum Handelsbilanzüberschuss der gesamten deutschen Wirtschaft bei.

Handelspolitik hat hohen Stellenwert

Deutschland muss sich als exportorientierter Wirtschaftsstandort im weltweiten Wettbewerb behaupten. Außerdem wurden 2009 erstmals mehr Fahrzeuge im Ausland gebaut als im Inland. 2010 waren es sogar fast eine Million Einheiten mehr: Im Ausland wurden 6,8 Millionen Pkw und Nutzfahrzeuge hergestellt, im Inland 5,8 Millionen.

Daher sind offene Märkte für die deutsche Automobilindustrie ein wesentlicher Faktor zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Dabei muss die Handelspolitik Teil einer wirtschaftsorientierten Industriepolitik sein. Denn für die europäische Industrie ist Wachstum auf den internationalen Märkten zwingend erforderlich, um die heimische Beschäftigung zu sichern. Dabei sollte der Abschluss der Doha-Runde mit einem verbesserten Marktzugang in die Zukunftsmärkte wichtiges Ziel bleiben, ergänzt durch Freihandelsabkommen mit den dynamischen Wachstumsmärkten wie Indien und den ASEAN-Staaten. Gleichzeitig sollte der für die Automobilindustrie so bedeutsame regulatorische Dialog mit wichtigen Partnern, wie den USA und Japan, weiter vertieft werden.

» Drei Viertel unserer Inlandsproduktion finden im Ausland ihren Käufer. Handelspolitik muss daher Teil einer wirtschaftsorientierten Industriepolitik sein.«

Matthias Wissmann, VDA



VDA-Präsident Matthias Wissmann Foto: VDA

Der VDA

Im Verband der Automobilindustrie (VDA) haben sich rund 600 Unternehmen der Branche in Deutschland zusammengeschlossen. Nachhaltige und moderne Mobilität gehört zu den Hauptzielen des VDA. Das zentrale Engagement des VDA gilt den Interessen der gesamten deutschen Automobilindustrie auf nationaler und internationaler Ebene. Seine Mitglieder setzen sich aus Automobilherstellern, Zulieferern und den Herstellern von Anhänger, Aufbauten und Bussen zusammen. Sie sind also nicht - wie in vielen anderen Ländern üblich - in separaten Verbänden organisiert. Daraus resultieren der direkte Dialog und schnelle Entscheidungen, die der deutschen Automobilindustrie entscheidende Vorteile bringen. In allen Bereichen der Kraftverkehrswirtschaft wie Wirtschafts- und Verkehrspolitik, technische Gesetzgebung, Qua-



litätssicherung und Steuern wird der Verband im Interesse seiner Mitglieder tätig. Dabei hat das Thema Umwelt- und Klimaschutz besonderes Gewicht. Darüber hinaus ist der VDA Veranstalter der Internationalen Automobilausstellungen für Pkw und Nutzfahrzeuge, die stets das große Interesse der Fachwelt und des Publikums genießen. Gleichzeitig begleitet der VDA seine Mitglieder auf die wichtigen Auslandsmessen.

www.vda.de

Regionen im Brennpunkt

Regionalfokus: Japan

Die Entwicklung der Weltwirtschaft steht unter dem Eindruck der furchtbaren Katastrophe in Japan. Die Folgen der Ereignisse für die weltweite Produktion, für den Welthandel und für die deutsche Wirtschaft können noch nicht vollständig abgeschätzt werden. Der Anteil Japans am Welthandel ist zwar mit 4,6% geringer als der Anteil Deutschlands (9,0%), liegt damit aber immer noch auf Platz vier der internationalen Rangliste. Bei den deutschen Einfuhren belegte Japan im Jahr 2010 Platz 14 (Anteil: 2,3%) und bei den Ausfuhren Platz 18 (1,3%). Für den deutschen Außenhandel spielt Japan also nominell betrachtet nur eine untergeordnete Rolle. Die Zahlen drücken aber nur unzureichend die Bedeutung Japans für die Weltwirtschaft und für die deutsche Produktion aus. Denn der Hochtechnologiestandort Japan liefert Produkte, die für die deutsche Produktion wichtig sind und die kaum substituiert werden können. Je komplexer die Vorprodukte sind, desto schwieriger sind alternative Anbieter zu finden.

So hat Japan auf einigen Produktmärkten, etwa für elektronische Steuer- und Speicherbausteine, eine weltweit herausragende Stellung. Obwohl die meisten Fabriken im direkt von der Katastrophe weniger betroffenen Süden stehen, leiden die Standorte im Norden von den Engpässen in der Stromversorgung. Die Naturkatastrophe könnte so zu einem erheblichen Mangel an wichtigen Vorprodukten führen. Davon sind auch viele Elektroprodukte aus dem für Deutschland wichtigsten Lieferland China betroffen, denn die chinesische Produktion ist ganz besonders auf japanische Zulieferteile angewiesen. Besonders stark vertreten sind die Japaner etwa bei den sogenannten Flash-Chips, die in zahlreichen Elektrogeräten verbaut

werden. Schon jetzt haben sich diese Bauteile sprunghaft verteuert. Auch hochwertiges Silizium, die Grundlage der gesamten Halbleiter- und Solarzellenproduktion, kommt zu 60% aus japanischer Produktion.

Hinzu kommen die nachgelagerten und international spürbaren Auswirkungen der Krise auf die Finanzmärkte. Der dramatische Anstieg des Yen wird zur zusätzlichen Belastung für die japanische Exportwirtschaft, und zwar nach einem ohnehin schwierigen Jahrzehnt. Ein weiterer Anstieg der bereits jetzt überhöhten Staatsverschuldung ist absehbar. Der Absturz des Nikkei-Index ist Vorbote einer schwierigen Phase.



Foto: Japanische Flagge. BDI/Fotolia (Juergen Priewe)

Regionalfokus: Nordafrika, Nah- und Mittelost

Bedeutung der MENA-Region für Deutschland im europäischen Vergleich

Deutschland exportierte im Jahr 2010 Waren und Dienstleistungen im Wert von knapp 36 Mrd. Euro in die Staaten Nordafrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens (MENA). Damit ist die Bundesrepublik im europäischen Vergleich erneut Spitzenreiter, gefolgt von Frankreich und Italien mit Exportvolumina von 31,7 Mrd. Euro bzw. 29,7 Mrd. Euro.

Mit einem Anstieg von 14,1% gegenüber 2009 liegen die deutschen Ausfuhren inzwischen wieder leicht über dem Vorkrisenniveau von 2008. Nur Frankreich hat sich im vergangenen Jahr mit einem Anstieg von 14,6% minimal stärker entwickelt. Wichtigste Exportdestinationen für deutsche Lieferanten sind nach wie vor die Vereinigten Arabischen Emirate (7,4 Mrd. Euro) und Saudi-Arabien (5,7 Mrd. Euro). Bemerkenswert ist der Anstieg der deutschen Ausfuhren nach Ägypten auf jetzt fast 3 Mrd. Euro. Auch die Exporte nach Tunesien haben sich 2010 mit einem Plus von über 30% auf 1,6 Mrd. Euro erfreulich erholt.

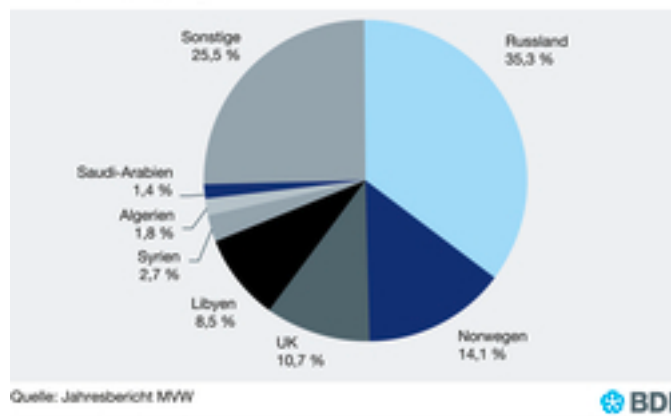


Nordafrika. Foto: BDI/Fotolia (Elenathewise)

auf knapp 5,3% gesteigert werden. Nachdem im Februar die Produktion aufgrund von Arbeitsniederlegungen sowie massiver Beeinträchtigungen im Transportwesen (Personen- und Güterverkehr) zwischenzeitlich auf 20% zurückgegangen war, korrigierten einige Banken ihre BIP-Wachstumsprognosen für 2011 jedoch bereits von 5,5% auf 3,7%. Erhebliche Schäden werden vor allem im Tourismussektor befürchtet, auf den in Ägypten 13% des BIP, 11% aller Jobs und 12% aller Investitionen entfallen.

Ölimporte Deutschland 2009

Anteile nach Bezugsländern



Dem hohen Exportvolumen Deutschlands stehen dagegen lediglich Importe im Wert von 11,8 Mrd. Euro gegenüber. Damit liegt Deutschland deutlich hinter Italien (40,3 Mrd. Euro), Spanien (23,1 Mrd. Euro), Frankreich (21,9 Mrd. Euro) und Großbritannien (19,3 Mrd. Euro). Dabei dominiert der Import von Energieträgern. So bezogen die fünf genannten Länder beispielsweise aus Libyen im Jahr 2010 Öl- und Gaslieferungen im Wert von zusammen mehr als 24 Mrd. Euro. Allein 11,8 Mrd. Euro entfielen davon auf italienische Importe.

Auswirkungen der politischen Umwälzungen auf die lokalen Volkswirtschaften

Die kurzfristigen Auswirkungen der politischen Umwälzungen auf die lokalen Wirtschaften sind erheblich. So wird beispielsweise Ägyptens Wirtschaft deutlich langsamer wachsen als noch in den beiden Vorjahren. Mit einem BIP-Anstieg von 4,7% für 2009 präsentierte sich Ägypten gerade in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise überdurchschnittlich stabil. 2010 konnte die Wachstumsrate nach vorläufigen Berechnungen des IWF sogar

Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft

Die Unklarheit über die weitere politische Entwicklung in der Region wirkt sich auch auf das Verhalten der lokalen und internationalen Wirtschaftsakteure aus. Mit Blick auf die große Anzahl der von politischen Protestbewegungen betroffenen Länder in der Region ist eine Prognose bei den Exporten für das laufende Jahr schwierig. Am ehesten ist mit einer leicht rückläufigen Entwicklung zu rechnen. Zum einen ist nicht zu erwarten, dass großvolumige Aufträge für strategische Projekte durch die jeweiligen Behörden bzw. staatseigenen Unternehmen vor der Konstituierung einer neuen, legitimen Regierung vergeben werden. Zu groß ist die Unsicherheit darüber, ob solche Geschäftsabschlüsse auch nach dem Regierungswechsel Bestand haben werden – auf Seiten der lokalen Akteure, wie auch auf Seiten der ausländischen Unternehmen. Zum anderen zeichnet sich ab, dass sich vor allem private Geldinstitute bei der Finanzierung von Projekten zurückhalten werden bzw. entsprechende Finanzierungen insgesamt teurer werden.

Bei den Importen waren kurzfristig vor allem die Textil- sowie die Automobilzulieferindustrien durch die Produktionsunterbrechungen in Tunesien und Ägypten betroffen. Mittelfristig sollte sich hier die Situation wieder normalisieren. Als Energielieferant ist für Deutschland in der Region vor allem Libyen interessant. Immerhin importierte Deutschland 2010 energetische Rohstoffe für mehr als 3 Mrd. Euro. Relativ gesehen deckt die Bundesrepublik ihren Rohölimport jedoch nur zu einem geringen Teil über Libyen (8,5%), Syrien (2,7%), Saudi-Arabien (1,4%) und die übrigen arabischen Staaten ab. Von daher halten sich die direkten Auswirkungen eines etwaigen Produktionsausfalls für Deutschland in Grenzen.

Indirekt führt ein Produktionsausfall jedoch zu höheren Ölpreisen an den Weltmärkten und damit auch zu steigenden Rohstoffkosten für die verarbeitenden Industrien in Deutschland. Dies hat letztlich negative Auswirkungen auf die Konjunktur. Laut Berechnungen der Dekabank ist bei einem Ölpreisanstieg von 20 % mit einem um 0,5 % geringeren Wirtschaftswachstum in Deutschland zu rechnen.

Gleichzeit muss jedoch auch betont werden, dass die deutsche Wirtschaftsleistung heute de facto weitaus weniger abhängig vom Erdöl ist als noch vor 30 Jahren. Während 1980 noch knapp 120 Mio. Tonnen Rohöl eingeführt wurden, waren es 2009 nur noch 98 Mio. Tonnen. Gleichzeitig hat sich das nominale Bruttoinlandsprodukt mit einem Anstieg von 767 Mrd. Euro 1980 auf 2400 Mrd. Euro 2009 mehr als verdreifacht.

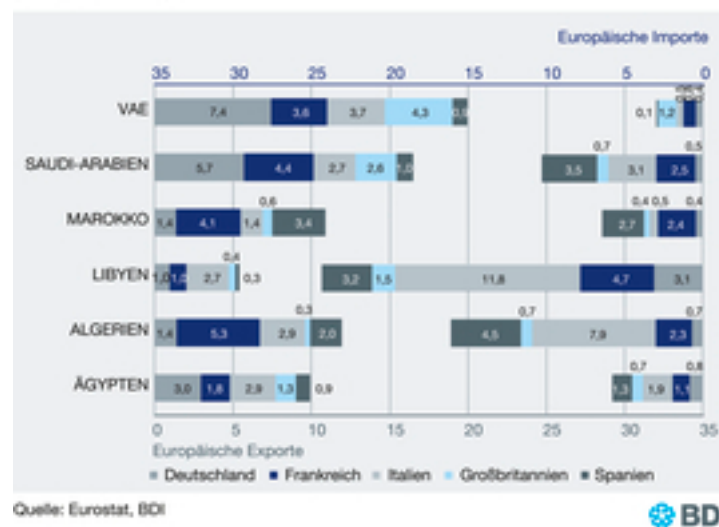
Ausblick

Tunesien und Ägypten beschreiten den Weg der politischen Transformation bisher verhältnismäßig geordnet. Auch in zahlreichen anderen arabischen Staaten, beispielsweise Jordanien und Bahrain, fordert die Zivilgesellschaft mehr politische Partizipation ein. Sollte eine friedliche, nachhaltige Liberalisierung und Pluralisierung der politischen Landschaft gelingen, sind hier mittelfristig auch für die wirtschaftliche Dynamik positive Impulse zu erwarten. Gleichzeitig ist im Falle Libyens derzeit nicht mit einer schnellen Beruhigung der Lage zu rechnen. Ausländische Geschäftsleute wurden evakuiert. Die Warenabfertigung an libyschen Häfen ist massiv beeinträchtigt, genau wie der internatio-

nale und nationale Zahlungsverkehr. Die Europäer haben mit der Verhängung von ersten Sanktionen reagiert und versuchen einen Beitrag zu leisten, den blutigen Konflikt beizulegen.

Ansprechpartner im BDI: Steffen Behm, s.behm@bdi.eu, Tel. 030 2028-1521

Europäischer Außenhandel mit der MENA-Region 2010 (in Mrd. Euro)



Regionalfokus: USA



Transatlantische Beziehungen. Foto: Obermeier

Perspektiven der amerikanischen Wirtschaft 2011

Die positiven Signale aus den USA mehren sich. US-Notenbankchef Ben Bernanke hält für 2011 ein Wirtschaftswachstum von 3% bis 4% für möglich, der IWF geht von 3,0% aus. Es wird erwartet, dass sich das Industriewachstum 2011 auf solider Basis fortsetzt. Entscheidend sind hier die robuste Auftragslage im Inland sowie die rasante Exportentwicklung, insbesondere in Richtung BRIC-Staaten. Zusätzliche positive Impulse erhofft man sich durch Steuererleichterungen, die über das Jahr 2011 voraussichtlich 150 Mrd. USD freisetzen. Dies könnte eine weitere Belebung des US-Binnenkonsums zur Folge haben. Außerdem kündigte Präsident Obama an, zusätzliche 60 Mrd. USD in die Infrastruktur zu investieren, wodurch die Realwirtschaft deutlich gestärkt würde. Die langsame Erholung auf dem US-

Arbeitsmarkt setzt sich fort. Die Arbeitslosenquote fiel im Februar von 9,0% auf 8,9%, der niedrigsten Stand seit April 2009. Laut US-Arbeitsministeriums von Anfang März nahm die Beschäftigung in fast allen Wirtschaftsbereichen zu.

„Stabilitätsanker“ Transatlantische Wirtschaft

Auch wenn aufstrebende Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien in der Weltwirtschaft eine immer wichtigere Rolle spielen, sind die USA der wichtigste Wirtschaftspartner der deutschen Industrie außerhalb der EU. Rund 7,5% der deutschen Exporte und etwa 30% der deutschen Auslandsinvestitionen entfallen auf die USA. Europa und die USA sind zudem die beiden größten Wirtschaftsregionen der Welt. Sie erwirtschaften zusammen 54% des Weltsozialproduktes und vereinen 62% der weltweiten Direktinvestitionen auf sich. US-Konsumenten stellen 40% der weltweiten Kaufkraft. Der Gesamtumsatz beider Märkte lag 2010 bei fünf Billionen US Dollar.

Ansprechpartner im BDI: Deborah Klein, d.klein@bdi.eu, Tel. 030 2028-1698

Den vollständigen Artikel lesen Sie im Internet unter der Adresse <http://bit.ly/hB2DRW>.

Außenwirtschaftspolitik

Interview mit Dr. Hubertus Erlen



Dr. Hubertus Erlen; Dr. Hubertus Erlen

Dr. Hubertus Erlen ist Vorsitzender des BDI-Ausschusses Außenwirtschaft des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und Chairman des International Relations Committee von BusinessEurope, dem Dachverband der europäischen Wirtschaftsverbände. Herr Erlen stand dem BDI-Außenwirtschafts-Report für ein Interview zur Verfügung.

»Herr Erlen, der Lissabon-Vertrag hat die Kompetenzen in der europäischen Handelspolitik neu geordnet. Wie fällt Ihre Zwischenbilanz nach einem guten Jahr aus?«

»Mir bietet sich ein gemischtes Bild. Lassen Sie mich drei Beispiele nennen. Das erste bezieht sich auf die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments in der Handelspolitik durch den Lissabon-Vertrag. Meine Bilanz fällt hier positiv aus: die handelspolitische Debatte ist insgesamt transparenter und demokratischer geworden. Konkret konnten wir das am Ringen um das Freihandelsabkommen mit Südkorea beobachten. Die Verabschiedung des Abkommens Mitte Februar im Europäischen Parlament hat gezeigt, dass die Europa-Parlamentarier die neue Verantwortung ernst nehmen und konstruktiv an den verschiedenen handelspolitischen Themen mitarbeiten wollen.

Nicht so positiv sind dagegen die Erfahrungen mit dem zweiten Beispiel, den Investitionsschutzabkommen. Die EU hat mit dem Thema Investitionen eine neue zentrale Zuständigkeit von den

Mitgliedsstaaten übertragen bekommen. An diesem Thema zeigt sich allerdings, dass das Zusammenspiel zwischen Europäischer Kommission, Europäischem Rat und Europäischem Parlament noch nicht gut genug ist. Bis heute ist nicht klar, wie lange die von den Mitgliedsstaaten abgeschlossenen bilateralen Investitionsschutzverträge weiter gelten und welches Niveau die künftigen Verträge der EU haben werden. Offensichtlich konnten sich die drei Institutionen bislang noch nicht auf die Grundsätze der künftigen Investitionspolitik der EU einigen.

Das dritte Beispiel ist die Neuordnung internationaler Verfahren beim Einsatz handelspolitischer Schutzinstrumente. Es ist sicherlich richtig, dass die Kommission den Prozess mit den geplanten Änderungen entpolitisieren will. Ob sich dies aber für die Wirtschaft positiv auswirkt, wird wesentlich davon abhängen, dass es gelingt, Verzögerungen der Verfahren zu vermeiden. Dies werden wir erst in der Praxis beurteilen können.

»EU-Handelskommissar Karel De Gucht hat Ende 2010 die neue Handelsagenda vorgestellt, die die Richtung der europäischen Außenwirtschaftspolitik bis zum Jahr 2015 vorgibt. Ist die deutsche Industrie mit der Agenda zufrieden?«

»In der grundsätzlichen Ausrichtung ja, in der Konkretisierung geplanter Massnahmen nein. Nachdem im Jahre 2006 mit der Handelsagenda „Global Europe“ ein Strategiewechsel hin zu mehr bilateralen Freihandelsabkommen eingeleitet wurde, setzt Kommissar De Gucht in der neuen Handelsagenda auf Kontinuität. Bestehende Handelsregeln sollen stärker beachtet und europäische Wirtschaftsinteressen besser durchgesetzt werden. Dieser Ansatz ist sicher zu begrüßen. Das neue Strategiepapier gibt aber auf eine Reihe von wichtigen Fragen noch keine konkreten Antworten.«

»Welche Fragen bleiben offen?«

»Es bleibt zum Beispiel noch unklar, wie durch die geplanten neuen Instrumente neue Märkte geöffnet und der Zugang von EU-Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen auf den Auslandsmärkten besser gesichert werden sollen. Die EU muss hier eine schwierige Balance zwischen Durchsetzung unserer legitimen Interessen und Vermeidung von protektionistischen Gegenreaktionen erreichen. Ein anderes Beispiel ist die Ausgestaltung der strategischen Zusammenarbeit mit unseren Hauptwirtschaftspartnern USA, China, Russland und Japan. Wir müssen auch berücksichtigen, dass sich die Gewichte in der Weltwirtschaft weiter zu Gunsten der Schwellenländer verschieben werden, im Jahr 2015 werden voraussichtlich 90 Prozent des Weltwirtschaftswachstums außerhalb Europas erzeugt. Reicht ein „weiter so“ bei multilateralen und bilateralen Verhandlungen aus, um den Wohlstand der EU auch in den nächsten 10 bis 15 Jahren zu sichern? Diese und andere Fragen werden wir unter anderem im April bei der Sitzung des BDI-Außenwirtschaftsausschusses unmittelbar mit Handelskommissar De Gucht erörtern.«

» Welche aktuellen Herausforderungen muss die europäische Handelspolitik bewältigen?«

»Bei den WTO-Verhandlungen in Genf gibt es offensichtlich nach einem enttäuschenden Jahr 2010 eine gewisse Dynamik. Wenn es in den nächsten Monaten nicht zu einem Durchbruch kommt, dürfte dies die letzte Chance für längere Zeit gewesen sein. Alles wird davon abhängen, ob die Schlüsselspieler, also die USA, China, Indien, Brasilien und der EU, jetzt den mehrfach angekündigten politischen Willen für den Erfolg der Runde auch tatsächlich aufbringen. Der BDI ebenso wie BusinessEurope geben einem multilateralen Abschluss eine hohe Priorität, weisen aber zugleich auf die Notwendigkeit eines verbesserten Marktzugangs durch Sektorabkommen, frühzeitige Klarheit bei den Flexibilität und die Liberalisierung des Dienstleistungssektors hin. Aber auch bei den Verhandlungen von bilateralen Freihandelsabkommen gibt es schwierige Fragen zu lösen. Hier denke ich vor allem an die Verhandlungen mit Indien. Es muss das primäre Ziel solcher Verhandlungen der EU bleiben, am Ende alle Industriezölle abzubauen.«

» Die indische Regierung hat deutlich gemacht, kein Freihandelsabkommen zu unterschreiben, in dem ein von der EU gefordertes Nachhaltigkeitskapitel zu Menschenrechten, Demokratie und Umwelt- und Sozialstandards enthalten ist. Das gilt aber als Voraussetzung für die Zustimmung des Europäischen Parlaments. Sollten Nachhaltigkeitskapitel Bestandteil von Freihandelsabkommen sein?«

»Zunächst einmal gehe ich nicht davon aus, dass das Abkommen an dieser Frage scheitern wird. Klar ist, dass die EU-Handelspolitik Teil der europäischen Außenpolitik ist und deshalb ein kohärentes, sich gegenseitig unterstützendes Vorgehen aller Politikfelder angestrebt werden muss. Die EU muß allerdings aufgrund der weltweiten Verschiebung der Gewichte anpassen, dass sie ihre eigene Handelsagenda nicht mit den sog. „Trade-and...“-Themen, wie umwelt- und klimapolitischen Anliegen, überfrachtet. Die Handelspolitik kann weder eine fehlende internationale Abstimmung noch den mangelnden Konsens in anderen Politikbereichen ersetzen.«

» Die Sicherstellung der Versorgung mit Rohstoffen ist eine weitere weltweite Herausforderung. Was muss hier geschehen, damit auch künftig die Versorgungssicherheit der heimischen Industrie gewährt wird?«

»Die Sicherung der Rohstoffversorgung ist primär eine Aufgabe der Unternehmen. Dazu brauchen Unternehmen aber funktionierende Märkte. Angesichts der über 1000 Exportrestriktionen im Rohstoffbereich weltweit wird klar, dass hier auch die Politik gefordert ist, für die Verbesserung der Rahmenbedingungen zu sorgen. Tatsache ist, dass sich zum Beispiel die drastischen Exportbeschränkungen Chinas unter anderem bei Seltenen Erden heute bereits auf die Produktion in Deutschland auswirken. Wir müssen alle bilateralen und multilateralen Kanäle nutzen und gemeinsam mit anderen Partnern auf offene Märkte auch im Rohstoffbereich drängen. Daher unterstützt der BDI auch entsprechende Initiativen der Bundesregierung und der EU-Kommission, im Rahmen der WTO gegen die Exportbeschränkungen Chinas vorzugehen. Parallel dazu muss die Wirtschaft die unternehmerischen Handlungsmöglichkeiten konsequent nutzen. Mit Blick auf die Sicherung des Bezugs von Rohstoffen aus dem Ausland zählen dazu Diversifikation von Lieferbeziehungen, langfristige Bezugsverträge und grundsätzlich auch Beteiligungen an Rohstoffprojekten im Ausland. Sinnhaf-

tigkeit und Chancen von direkten Beteiligungen an Rohstoffförderunternehmen stellen sich für die Unternehmen abhängig von Größe und Position in der Wertschöpfungskette natürlich sehr unterschiedlich da. Aber auch diese Möglichkeit muss geprüft werden.



Containerhafen. Foto: BDI/Fotolia (Diego Cervo)

» Herr Erlen, der größte amerikanische Wirtschaftsverband, die US Chamber, hat jüngst vorgeschlagen, alle Zölle im transatlantischen Warenverkehr zu beseitigen. Wie sehen Sie diese Initiative, auch vor dem Hintergrund eines möglichen Stillstandes der Doha-Runde?«

»EU und USA verbinden enge Handelsbeziehungen, die durchschnittlichen Zölle liegen bei rund 5 - 7 Prozent. Vor diesem Hintergrund könnte eine umfassende Zollreduzierung insbesondere dann für neue Impulse sorgen, wenn die Doha-Runde in diesem Jahr nicht zum Abschluss kommt. Allerdings sollten wir nicht verdrängen, dass die Herausforderungen in den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen weniger im tarifären Bereich liegen als beim Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse und der Einigung auf gemeinsame Standards und der gegenseitigen Anerkennung von Prüfverfahren. Hierzu gibt es - z.B. mit dem Transatlantic Economic Council - existierende Gesprächsprozesse. Wir sollten mit unseren US-amerikanischen Freunden klären, wie wir bei diesen Themen weiterkommen, bevor wir weitere Themenfelder in Angriff nehmen.«

» Vielen Dank für dieses Gespräch!«

OECD Leitlinien für Multinationale Unternehmen

Die OECD Leitsätze für Multinationale Unternehmen sind weltweit der wichtigste Standard für unternehmerische Verantwortung oder Corporate Social Responsibility (CSR). Die Leitsätze gehen auf das Jahr 1976 zurück und wurden im Jahr 2000 überarbeitet und erweitert. Sie sind Bestandteil der OECD Declaration on International Investment and Multinational Enterprises und gelten daher für die Geschäftstätigkeit multinationaler Unternehmen im Ausland, die sich "mittelbar oder unmittelbar im Eigentum oder unter der Kontrolle von Staatsangehörigen anderer Teilunternehmen" befinden. Dieser "Investmentnexus" folgt dem westlichen Verständnis einer marktwirtschaftlichen Ordnung, nach dem Privateigentum und Verantwortung untrennbar zusammengehören - auch im Ausland. So sollen die Leitsätze dazu beitragen, dass Unternehmen dort, wo sie durch Investitionen Verfügungsmacht haben, Menschen-, Arbeits- und Konsumentenrechte, aber auch die Umwelt schützen und Korruption bekämpfen. Die OECD-Staaten haben sich verpflichtet, Kontaktstellen einzurichten, bei denen Bürger Übertretungen der Leitsätze durch Unternehmen anzeigen können. Obwohl die Einhaltung der Leitsätze für die Unternehmen grundsätzlich freiwillig ist, wird deren Einhaltung gerade von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) überwacht. Die Anzeige von Übertretungen bei einer der Kontaktstellen findet üblicherweise großes

Medieninteresse und wirkt sich dann deutlich zum Nachteil der Unternehmen aus.

Der OECD Ministerrat hat im Jahr 2010 eine Überarbeitung der Leitsätze beschlossen. Ein erster Entwurf soll im Rahmen der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der OECD im Juni 2011 vorgestellt werden. Der BDI beteiligt sich aktiv an der Organisation der Wirtschaftsverbände bei der OECD (BIAC), aber auch durch Stellungnahmen gegenüber der Bundesregierung an der Überarbeitung der Leitsätze und tritt für eine ausgewogene Revision ein. Aus Sicht der Industrie geht es vor allem darum, den freiwilligen Charakter der Leitlinien beizubehalten. Denn gesellschaftliches Engagement von Unternehmen lässt sich weder normieren noch quantifizieren. Außerdem geht es darum, eine grundsätzliche Ausdehnung der Leitlinien über Direktinvestitionen hinaus auf den Handelsbereich zu verhindern. Die Verantwortung für alle Stufen der gesamten Lieferkette in allen Bereichen würde gerade kleine und mittlere Unternehmen vor eine unlösbare Aufgabe stellen. Die OECD sollte sich vielmehr dafür einsetzen, dass auch Schwellenländer wie China oder Indien mit in die Verantwortung genommen werden und ein "level playing field" für alle international tätigen Unternehmen geschaffen wird.

BDI-Außenwirtschafts-Report

Der BDI-Außenwirtschafts-Report informiert quartalsweise über aktuelle außenwirtschaftliche Trends. Beleuchtet werden die Entwicklungen der Weltwirtschaft und der deutschen Außenwirtschaft. Deutschland ist Vizeweltmeister im Export, Ausfuhren machen etwa die Hälfte des deutschen BIP aus. Insgesamt hängen in Deutschland ein Viertel der Arbeitsplätze vom Außenhandel ab. Die weltweite wirtschaftliche Verflechtung gehört nach wie vor zu den wichtigsten wirtschaftlichen Erfolgsstrategien Deutschlands.

Der BDI-Außenwirtschafts-Report erscheint seit dem Jahr 2000

und wird quartalsweise an fast 2 000 Leser aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft verschickt, in englischer Sprache unter dem Namen BDI Foreign Economic Report auch an einen internationalen Leserkreis. Regelmäßig werden die Ergebnisse der BDI-Branchenumfrage zu den Exportaussichten der deutschen Industrie präsentiert. Der BDI-Außenwirtschafts-Report berichtet über aktuelle Aktivitäten des BDI-Bereichs Außenwirtschaft/Internationale Beziehungen und erstellt eine Übersicht über die wichtigsten außenwirtschaftlichen Termine.

Wenn Sie den BDI-Außenwirtschafts-Report als vierteljährlichen Newsletter kostenlos in deutscher oder englischer Sprache abonnieren wollen, können Sie sich unter der Adresse

www.aussenwirtschaftsreport.de

in den Verteiler eintragen. Auch die Schaltung von Anzeigen im BDI-Außenwirtschafts-Report ist möglich. Bitte wenden Sie sich bei Interesse an Dr. Christoph Sprich, E-Mail: c.sprich@bdi.eu, Tel. 030 2028-1525.

Außenwirtschaftstermine

30.03.2011	Indien-Reise Bundesumweltminister Röttgen	Neu Delhi
04.04.2011	6. Veranstaltung BDI-Reihe "Internationalisierung des Mittelstandes"	Hannover
04.04.2011	BDI-Ausschuss Außenwirtschaft (Hannover Messe)	Hannover
05.04.2011	Ost-Ausschuss Wirtschaftstag Ukraine (Hannover Messe)	Hannover
06.04.2011	ECOS Japan Consult mit BDI (Hannover Messe)	Hannover
13.04.2011	BDI Verbändekreises Messen und Ausstellungen	Berlin
14.04.2011	Russland-Veranstaltung (Hannover Messe)	Hannover
14.04.2011	BDI-Arbeitskreis Exportkreditversicherung/Exportfinanzierung	Berlin
16.05.2011	BDI-Arbeitskreis USA	Berlin
30.05.2011	APA Reise der Bundeskanzlerin nach Indien	u.a. Neu Delhi
31.05.2011	Deutsch-Russische Mittelstandskonferenz	Moskau
18.09.2011	Deutsch-Brasilianische Wirtschaftstage 2011	Rio de Janeiro